

Der Handel war lebhaft
Schweinemarkt waren
eis betrug pro Paar

Städtischen Schlacht
10 M., Bullen I. 23 000
er I. 26 500—28 500 M.,
III. 11—14 000 M.,
Schweine I. 50—53 000,
es Marktes belebt.

Fruchtschranne
Weizen (verkauft
15) 12 000—14 000 M.,
länder Dinkel (7,54)
6 000 M., Ackerbohnen

der Schranne am
00 M., Dinkel 24 000
erste 27 000 M., Haber

ich nicht zu den Aktien- und
kaufwirtschaftlichen Berichten

Wittmann Galm.
Schneiderer Galm.

er, abends 8 Uhr,
ereit Preis
ag:
ntergang?
eher Stunde!
ellung Deutschlands
ren Zusammenbruch.
Seitz, Stuttgart.

nd e. V., der alle vater-
bewußten Kreise umfaßt,
änner und Frauen

discher Hof.
abend 8 Uhr
gramm
13
in 6 Akten
Jhr 15
amm.

ber 1922 in die Firma
u. Fett-
ustrie
B. Ziegelbauer
schaft, das mir erwiesen
er übertragen zu wollen.
helm Haaf.

le
r Stelle all. Art.
5150 Mark u. mehr.
Voreise auszeichnen.
Porzheim,
Lindenstraße 52.

unkelblaues, wenig ge-
enes
Samikostüm
für mittlere Figur
zu verkaufen.
Weggeergasse 320.
Björki zu kaufen gesucht
Paar komplette
ferdegeschirre
age 65, sowie mehrere
en für Langholzwerk.
Seyfried & Lutz
Sägewerk
Leinach.

Berkaufe zwei zur Zucht
gütiere
Rinder.
Paul Gehring,
Gehringen.



Einrichtungsmittel: Einzelwöchentlich Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite Nr. 28.—
Wochen Nr. 60.— Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100 %.— Fernspr. 9.
Donnerstag, den 14. Dezember 1922.
Bezugspreis: In der Stadt mit Erdgas Nr. 50.— monatlich. Postremis-
preis Nr. 51.— mit Postgebühr. — Zahlung der Abnahme 8 Uhr vormittag.

Neueste Nachrichten.

Poincaré hat vorgestern in Paris der Presse Erklärungen über das Ergebnis der Londoner Konferenz abgegeben, und dabei von neuem auf die Absicht Frankreichs hingewiesen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die allerdings jetzt noch nicht bekannt gegeben würden. Die Zwangsmaßnahmen sollen ergriffen werden, wenn am 15. Januar die deutschen Verpflichtungen nicht eingelöst werden, und zwar will Poincaré unbeschadet einer etwaigen ablehnenden Faltung der anderen Alliierten vorgehen. Auch im Hinblick für anzuwendende Anordnungen des französischen Senats wurde beschlossen, gegebenenfalls das Ruhrgebiet zu besetzen.

Wie das Organ Stresemanns mitteilt, ist die Industrie nach wie vor bereit, die Bemühungen des Reichskanzlers nach einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems zu unterstützen. Es scheint, daß neue deutsche Vorschläge ausgearbeitet werden sollen. Die Entente sucht natürlich durch ihr Verhalten aus Deutschland soviel wie möglich herauszupressen.

Die Verhandlungen in Lausanne sind wieder lebhafter geworden, weil die Fürsten in den Minderheitenfrage sich nicht ihre Souveränitätsrechte behaupten lassen wollen, und dem Völkerbund als „übernationales“ Einrichtung mit Recht stärkstes Mißtrauen entgegen bringen.

Das Reparationsproblem.

Die zum Zwecke der Verständigung der Alliierten über die Hauptfragen der Reparationsforderungen nach London einberufene Konferenz der Alliierten ist abgebrochen worden, weil die Alliierten, wie aus den Erklärungen Poincarés zu entnehmen ist, sich nicht zu einigen vermochten, oder sagen wir besser, nicht einigen wollten. Es wird eben immer noch über das Orientproblem gestritten, und da man in Lausanne nicht so rasch fortkommt, so will sich keiner der Alliierten bezüglich der Reparationsfrage festlegen, um gegebenenfalls ein Zugeständnis auf der einen Seite gegen eine Forderung auf der andern Seite auszuspielen zu können. Es ist eben auch diesmal wieder so, wie wir immer feststellen konnten, daß die Behandlung der Reparationsfrage stets im Zusammenhang mit den jeweiligen außenpolitischen Verhältnissen steht, weil es sich hier nicht, wie die Entente behauptet, um die Frage der finanziellen oder wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands handelt, sondern darum, Deutschland im Falle außenpolitischer Verwicklungen unter möglichst starkem Druck zu halten und es in der Hauptsache so viel wie möglich auszubuten, damit es den Alliierten auf dem Weltmarkt möglichst wenig Konkurrenz machen kann. Diese beiden Gesichtspunkte werden für die Stellungnahme der Alliierten zu Deutschland stets ausschlaggebend sein, solange sie noch die absolute Macht in der Weltpolitik besitzen. Und diese zu erhalten und zu festigen, wird als Hauptbemühung der Entente betrachtet. Dabei werden zwei Wege eingeschlagen: der eine ist auf die Niederhaltung Deutschlands gerichtet, der andere auf die Bereitelung einer Koalition, die es Deutschland ermöglichen könnte, sich freizumachen. Die erstere Aufgabe hat Frankreich das an der Niederhaltung Deutschlands unmittelbar am meisten interessiert ist, die andere hat England, das nach der Zerstörung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte größere politische Bewegungsfreiheit besitzt, und daher „großzügiger“ als Frankreich zu Werke gehen kann. Deshalb konnte England auch seit dem Versailler Diktat die Rolle des auf Mäßigung drängenden Mittlers übernehmen, die anscheinend auch nach dem Sturz Lloyd Georges durch Bonar Law fortgeführt werden soll. Wie aus Poincarés Worten über die Londoner Konferenz hervorgeht, kam die Einigung unter den Alliierten deshalb nicht zustande, weil der französische Standpunkt bezüglich der Pfänderfrage — Befreiung des Ruhrgebiets und Beschlagnahme der Ausfuhrzölle — bei England und Italien keine freundliche Aufnahme gefunden habe. In bezug auf die eigentliche Reparationsfrage ist man anscheinend auch nur soweit gekommen, daß England sich bereit erklärt, den Alliierten und Deutschland einen größeren Schuldennachlaß zu gewähren, auch ohne die Zustimmung Amerikas an den alliierten Schulden etwas zu streichen. Nach den neueren Meldungen hat aber Harding in letzter Zeit die Bereitwilligkeit Amerikas zugestanden bis zu gewissem Grade dazu beizutragen, daß die Finanzverhältnisse der europäischen Staaten einer Ge-

lung entgegengeführt werden, und die zu dieser Neuierung erschienenen Pressekommentare betonen die Bereitschaft, die alliierten Schulden bis zu einer gewissen Höhe nachzulassen, wozu die Alliierten aber jeden, als andere Zugeständnisse — wahrscheinlich im Orient und vielleicht auch in Asien — werden machen müssen. Bis zu der auf Anfang Januar verschobenen nächsten Reparationskonferenz in Brüssel oder Paris wird man dann wohl sowohl über die Zugeständnisse Amerikas wie namentlich das Ergebnis von Lausanne Sicherheit haben, und dann dürfte die Einigung über die Reparationsfrage schneller gehen.

Darüber sind sich anscheinend die Alliierten, wie Poincaré erklärte, vollständig einig gewesen, daß man die neuen deutschen Vorschläge nicht annehmen könne, weil sie nach den unerschämten Neuierungen des französischen Ministerpräsidenten nur Worte und undefinierte Versprechungen enthielten. Diese „Worte und Versprechungen“ bestehen darin, daß die deutsche Regierung, wenn wir recht unterrichtet sind, die Mark mit eigenen Mitteln stabilisieren wollte, falls fremde Kredite für den Augenblick unmöglich seien. Voraussetzung dafür sei jedoch die Gleichberechtigung Deutschlands in seinen Handelsbeziehungen zu den fremden Mächten. Ferner wird die Erziehung der laufenden Verpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler „Vertrag“ durch eine in Deutschland und im Ausland anzulegende Anleihe vorgeschlagen. Die äußere Anleihe soll ganz, die innere mindestens zur Hälfte zur Abdeckung der deutschen Reparationsverpflichtungen dienen. Allerdings wird verlangt, daß wir in diesem Falle von allen Verzinsungen und Sachleistungen, die aus dem deutschen Haushalt nicht bestrahlt werden können, für 2 Jahre befreit werden, denn sonst würde natürlich weder eine innere noch eine äußere Anleihe Aussicht auf Zeichnung haben. Bonar Law hat auf den einmütigen (!) Beschluß der Alliierten hin der deutschen Regierung ruhig und höflich mitteilen lassen, daß die Ministerpräsidenten der Ansicht seien, in den deutschen Vorschlägen unter den gegenwärtigen Umständen keine Lösung für die Reparationschwierigkeiten zu finden. Wie es heißt, soll die Reichsregierung auf Grund der Informationen, die sie von dem nach London geschickten Staatssekretär a. D. Bergmann zu erhalten hofft, neue Entschlüsse vorbereiten. Es soll also nicht gerührt werden, bis man in der Reparationsfrage endlich zu einer einigermaßen erträglichen Lösung kommt. Dies geht auch aus den Erklärungen des Reichskanzlers über den letzten deutschen Vorschlag hervor, wenn er sagte, er sei auf dem Grundgedanken der Befreiung weiler Gebiete unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft von dem Druck und den Lasten der Reparationsfrage aufgebaut.

Der Reichskanzler erstrebt also erstens eine Regelung der Reparationsfrage, wenn auch unter großen Opfern. Bei diesem Bestehen rechnet er, wie aus seiner Rede im Reichswirtschaftsrat zu entnehmen ist, mit der Unterstützung aller Kräfte der Volkswirtschaft, denn nur durch eine Zusammenfassung der letzten Kräfte des Volkes sei dieses Ziel zu erreichen. Dabei betonte er auch, daß die Regierung nicht geneigt sei, das Schicksal des Volkes und des Landes in andere Hände zu legen als in die der berufenen und verantwortlichen Hüter des deutschen Volkes. Diese Bemerkung dürfte wohl gegen die Neuierungen der „Deutschen Allg. Ztg.“ gerichtet gewesen sein, die uns im Wortlaut nicht vorgelegen haben, da sie das WTB. anscheinend nur auszugsweise zitiert hat, die aber den nach London gerichteten Vorschlag des Reichskanzlers, über den die Industrie nicht gehört worden sei, für nicht zweckmäßig u. wirtschaftlich für nicht tragbar halten, weil er keine Endlösung bringe. Man hat in dieser Kritik des Stinnes'schen Organs anscheinend die Auffassung des letztgenannten selbst vermutet, deshalb hatte das WTB. halbamtlich hinzugefügt, daß die Industrie trotz prinzipiellen Festhaltens an ihrem Standpunkt ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, für den Fall der Annahme des in London zur Erörterung gestellten deutschen Vorschlags auch bei seiner Durchführung mitzuwirken. Nun ist ja auch dieser Vorschlag hinsichtlich geworden, aber es ist immerhin bemerkenswert, daß der Kanzler im Hinblick auf die weit verbreitete Anschauung, daß in Berlin Sinnes und die Schwerindustrie regieren, erklärte, es gebe keinen Machtfaktor und kein Kraftzentrum, das stark genug wäre, der Regierung die Zügel aus der Hand zu nehmen. Diese Erklärung ist auch deshalb gut, weil man dann nach der andern Seite mit ebenso großer Energie gegebenenfalls auftreten kann. Die Regierung muß unbeeinträchtigt von den

heute mehr als je um die Macht ringenden Wirtschaftsfaktoren ihren Weg gehen, aber, und das hat der Reichskanzler ebenfalls betont, sie braucht alle wirtschaftlichen Kräfte, um ihr Ziel zu erreichen. Dieses Ziel wird jedoch, und das ist in unserer Zeitung immer wieder betont worden, nur erreicht, wenn, wie der Reichskanzler ganz besonders hervorhob, ein Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ein Ausgleich zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Auffassungen zu schaffen gesucht wird.

Neben der Lösung der Reparationsfrage betrachtet es der Reichskanzler aber auch, wie er ebenfalls in den letzten Tagen festgestellt hat, als seine Hauptaufgabe, das besetzte Gebiet so bald wie möglich zu befreien. Gegenüber Vertretern der rheinischen Zeitungen hat er unzweideutig erklärt, daß für uns gelte, alles was geschehen müsse und könne, im Hinblick auf das große Ziel geschehe, das jedem Deutschen am Herzen liege: Die Befreiung der Rheinlande! Und er wandte sich gegen die französischen Verdrehungsversuche, als ob die Besetzungszeit erst laufe, wenn der Vertrag von Versailles „richtig“ erfüllt werde, daß sie also noch nicht begonnen habe. Nach dem klaren Wortlaut des Protokolls hätten die Kräfte für die Befreiung am 10. Januar 1920 mit der Ratifikation des Versailler Vertrags durch die vertragsschließenden Mächte zu laufen begonnen, sodas also mit dem Ablauf des 9. Januar 1925 der letzte Soldat der alliierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben müsse.

Wir dürfen uns allerdings keiner Illusion hingeben, daß wir dieses unser Recht nur erlangen werden, wenn unsere Staatsmänner bis dahin die außenpolitischen Vorbedingungen geschaffen haben, daß wir unsern Anspruch auch gegen eventuellen Widerstand geltend machen können. Dazu aber ist besonders nötig, daß wir nach außen zu jeder Zeit eine feste Front im Volk schaffen, auf die sich unsere Regierung verlassen kann. Das werden wir schon bei den kommenden Entscheidungen über die Reparationsfrage sehr nötig haben.

O. S.

Poincaré droht weiter mit Zwangsmaßnahmen.

Paris, 13. Dezbr. Poincaré hat gestern Abend nach seiner Rückkehr aus London die Vertreter der Presse empfangen und ihnen erklärt, daß man seit den ersten Tagen der Konferenz ein sehr interessantes Ergebnis hinsichtlich der interalliierten Schulden festzustellen habe, nämlich die Zurückziehung der Note Paulfours und die Möglichkeit, daß Frankreich seine Schulden England gegenüber mit Hilfe der Schahfonds der Serie C reagen könne, ganz unabhängig von der Haltung der Ver. Staaten. Zweifellos sei noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Es handelte sich hier vielmehr um eine Frage, die im Januar wieder behandelt werden würde. Aber der Gedanke sei doch von Bonar Law freundlich aufgenommen worden, der übrigens hierüber im Unterhaus eine Erklärung abgegeben werde. Das sei schon ein sehr großer Fortschritt, da Lord George sich immer geweigert habe, diese Frage zu verhandeln, solange die Regierung der Ver. Staaten nicht eine Annulierung oder Herabsetzung seiner Forderung ins Auge gefaßt habe. Es sei in London weder von Garantien noch von Kontrolle und noch viel weniger von Pfändern gesprochen worden. Niemand habe gar die Absicht geäußert, Herrn Bergmann zu sehen oder von ihm Erklärungen zu verlangen. Er, Poincaré, sei der erste gewesen, der seine Ansichten über die deutschen Vorschläge abgab, und er habe die Befriedigung, festzustellen, daß diese seine Ansicht von allen seinen Kollegen geteilt worden sei. Sodann erklärte Poincaré, in keinem Augenblick der Verhandlungen sei von einem bestimmten Pfand die Rede gewesen. Er habe niemals gesagt, daß er daran denke, die Ruhr zu besetzen oder dieses oder jenes Pfand zu nehmen. Denn er selbst wisse ja noch nicht einmal genau, welches Pfand man nehmen werde. Und wenn er es wissen würde, so würde er sich hüten, es über alle Dächer zu schreien. Was gewiß sei, das sei, welche Haltung auch beschlossen werde, daß nicht die Einberufung eines einzigen Soldaten erforderlich sein würde. Was aber auch sicher sei, das sei, daß die Zeit der Drohungen ohne Ausführung der Drohungen vorüber sei. Wir sind fest entschlossen, sagte er, selbst isoliert und selbst, wenn vor dem 15. Januar die Reparationskommission sich für ein neues Moratorium für Deutschland günstig aussprechen sollte, vorzugehen. Auf alle Fälle aber könne man keine Maßnahmen vor dem 15. Januar ergreifen. Deshalb spreche man zu Unrecht von einer hinauschiebung. Poincaré schloß: Wir haben nichts hinausgeschoben und wenn wir die Debatte auf 2. Januar verschoben haben, so bedeutet das keinen Zeitverlust.

Der französische Senat für Befetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 14. Dezbr. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten besprach gestern die Londoner Konferenz und die mögliche Befetzung des Ruhrgebiets. Poincaré soll um möglichst schnelle Auffklärung gebeten werden. Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß vor allem ein Einvernehmen mit den Alliierten erzielt werden muß. Nur wenn dies nicht zustande komme, müsse zur vollständigen Befetzung des Ruhrgebiets oder zu einer wirkungsvollen Ausnutzung dessen geschritten werden, was schon besetzt gehalten wird.

Englischer Widerstand gegen die französischen Befetzungspläne?

Paris, 13. Dezbr. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in London warnt die französische Öffentlichkeit vor der Annahme, daß die englische Regierung resigniert die Befetzung des Ruhrgebiets zugeben werde. Das sei eine zu optimistische Auffassung der Herzlichkeit Bonar Law's. Ebenjowenig wie man sich über die endgültige Summe der Kriegsschulden geeinigt habe, ebenso wenig sei ein direktes oder indirektes, ein stillschweigendes oder nicht stillschweigendes Übereinkommen über die Ruhr erzielt worden.

Kein französisches Entgegenkommen in der Liquidationsangelegenheit.

Berlin, 13. Dezbr. Im Reichstagsausschuß für die Entschädigungsgesetze verlas bei der Beratung des Liquidationsgesetzes Ministerialdirektor Lohholz einen Brief des französischen Justizministers, aus dem hervorgeht, daß von französischer Seite keinerlei Entgegenkommen in der Liquidationsangelegenheit zu erwarten ist.

Die Antwort Bonar Law's an den Reichskanzler.

Berlin, 14. Dezbr. Der Reichskanzler hat auf sein neulich veröffentlichtes Schreiben an den englischen Premierminister von diesem folgende Antwort erhalten:

Es. Czjellenz habe ich die Ehre, den Empfang des Schreibens vom 9. Dezember zu bestätigen, das einen Plan für eine vorläufige Befetzung der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten enthielt. Das Schreiben wurde auf der hier gehaltenen Sitzung der alliierten Premierminister in Betracht gezogen und mit aufrichtigem Bedauern muß ich ihnen sagen, daß der vorgelegte Plan nach ihrer Auffassung nicht eine Lösung bietet, die bei der gegenwärtigen Lage als befriedigend für die alliierten Regierungen angesehen werden könnte.

Ich habe die Ehre (Geg.)? Bonar Law.

Die amerikanische Spying.

Washington, 13. Dezbr. (Havas.) Im Weißen Hause wird erklärt, die Washingtoner Regierung betrachte die Reparationsfrage als eine der akutesten Probleme, denen Europa gegenüberstehe. Die Vereinigten Staaten beschäftigten sich mit dieser Frage. Ihr Interesse erstreckte sich jedoch noch auf andere europäische Probleme, hinsichtlich deren die Washingtoner Regierung nicht untätig geblieben sei. — Das sind nicht angelsächsische Phrasen von eleganter Höflichkeit.

Industrie und Reparationsvorschlag.

Berlin, 14. Dezbr. Wie den Blättern aus industriellen Kreisen versichert wird, steht der Reichsverband der deutschen Industrie der Notiz der „Deutschen Allgem. Ztg.“ über die Haltung der deutschen Industrie in der Reparationsfrage vollkommen fern. Auch sei von den führenden Persönlichkeiten des Verbands die Notiz nicht veranlaßt worden. Der Verband als solcher hat laut „Börs. Ztg.“ zu den deutschen Vorschlägen in London überhaupt keine Stellung genommen und der Verband würde auch keine Veröffentlichungen vorgenommen oder beeinflussen haben, die geeignet sein könnten, der Regierung in außenpolitischen Verhandlungen Schwierigkeiten zu bereiten. Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, es sei damit zu rechnen, daß die Industrie von sich aus bestimmte Vorschläge zu dem Reparationsproblem machen werde.

Die deutsche Industrie bereit zur Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems.

Berlin, 14. Dezbr. Nach einer Mitteilung der „Zeit“, des Organs Stresemanns, hatte Reichskanzler Dr. Cuno mit den Vertretern der deutschen Industrie eine Besprechung, an der auch der Abgeordnete Stinnes teilgenommen hat. Das Ergebnis der Besprechung hat jeden Zweifel beseitigt, daß die deutsche Industrie durchaus bereit ist, der Regierung ihre Mitarbeit bei der Lösung des Reparationsproblems zur Verfügung zu stellen.

Die Konferenz in Lausanne.

Die Frage des Schutzes der Minderheiten.

Lausanne, 13. Dezbr. Auf die gestrigen Forderungen Lord Curzons in der Frage des Minderheitenschutzes erwiderte in der heutigen Sitzung des ersten Unterausschusses Ismed Pascha, der die Notwendigkeit des Minderheitenschutzes anerkannte, Entschädigung der Auswanderer durch die zurückgelassenen Besitztümer forderte und sich mit einer allgemeinen Annahme einverstanden erklärte, aber jeden Eingriff in die Souveränität der Türkei ablehnte, desgleichen die Beizung der Christen vom Militärdienst und die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Armenier. Kontrollorgane für den Minderheitenschutz lehnt er ab, weil sie doch nur den Vorwand zu ständigen Einmischungen geben würden. Lord Curzon betonte in außerordentlich ernster Weise, daß die Türkei immer neue Schwierigkeiten aufwürfe. Jetzt, nachdem die Armenier nur noch in geringer Zahl vorhanden seien, mit ihnen brüderlich zusammenzuleben, sei sicherlich nicht schwer. Er bedauerte die Haltung der Türkei gegenüber dem Völkerbund und forderte die türkische Abordnung auf, die Beratungen durch eine baldige Stellungnahme zu dem Problem des Völkerbunds zu erleichtern. Ismed Pascha scheint sich keine Rechenschaft von der gegenwärtigen Lage abzugeben. Ein Mißerfolg in der Minderheitenfrage dürfte außerordentlich entäu-

lichen. Wenn die Konferenz in dieser Frage zu einem Bruch führen sollte, so würde sich in der ganzen Welt keine Stimme zu Gunsten der Türkei erheben. Er hoffe, daß seine freundschaftlichen, aber reichlich überlegten Worte bei der türkischen Delegation einen guten Widerhall finden würden. Ismed Pascha behielt sich seine Antwort vor. — Die Herren Engländer machen immer in „Moral“. Die Türken brauchen nur darauf hinweisen, wie der Völkerbund die deutschen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten behandelt läßt, um diese so sehr empfohlene Einrichtung richtig zu kennzeichnen.

Die Türken gegen die Einmischung des Auslandes in ihre Angelegenheiten.

Lausanne, 13. Dezbr. Bei den heutigen Beratungen über die Minderheit ergriff nach der Rede Curzons Barrère das Wort, um auf das große Interesse hinzuweisen, das Frankreich stets den Minderheiten entgegengebracht habe. Er unterstützte die Vorschläge Curzons, wie auch die Garzonis. Ismed Pascha gab in einer langen Rede einen Ueberblick über die Geschichte der Minderheiten in der Türkei und betonte, daß alle Leiden der Türkei auch in der Minderheitenfrage auf die Einmischung des Auslandes, so auch Rußlands im 18. oder 19. Jahrhundert zurückzuführen seien. Die Türkei wolle daher keine fremde Einmischung mehr zulassen, auch nicht unter der Form des Völkerbundes, der die Vertretung der Großmächte sei. Die Minderheitenfrage werde am sichersten durch den Bevölkerungsaustausch und eine liberale türkische Gesetzgebung gelöst werden. Curzon sprach sein Bedauern über die enttäuschende Antwort aus, vor allem wegen der Äußerung über den Völkerbund. Benizelos und der jugoslawische Vertreter stimmten dem Programm Curzons zu. Der amerikanische Vertreter gab dem großen Interesse Ausdruck, das die Vereinigten Staaten an dem Schicksal der Minderheiten und Flüchtlinge in Kleinasien nehmen und betonte, daß ernsthafte Garantien für den Schutz der Minderheiten unbedingt notwendig seien. Ismed Pascha behielt sich vor, später im einzelnen zu antworten. In alliierten Kreisen stellt man fest, daß die Haltung der Türkei in der Minderheitenfrage jetzt abzulehnen sei als in der vorhergehenden Sitzung. Man vermutet, daß neue Instruktionen aus Angora eingetroffen sind. — Das große Interesse Amerikas an dem „Schutz der Minderheiten“ ist zu rührend. Es geht eben nichts über die amerikanische Menschlichkeit, wegen der die Amerikaner bekanntlich auch in den Krieg gezogen sind.

Der Protest der russischen Abordnung.

Lausanne, 13. Dezbr. Die russische Abordnung überreichte heute den Präsidenten der Konferenz eine Note, in der es heißt: Die russischen Sachverständigen müßten sich aus der Sitzung der Sachverständigen zurückziehen, um gegen die offensichtliche Absicht zu protestieren, die Unterkommismissionsberatungen durch Sachverständigenberatungen zu ersetzen. Die Note protestiert dagegen, daß die alliierten Sachverständigen neben dem Projekt über die Meerengen ein anderes Projekt über die Entmilitarisierung der Meerengen ausgearbeitet haben, das nur den alliierten und türkischen Sachverständigen vorbehalten bleibt.

Ausland.

Die Abrüstungskonferenz in Moskau.

Moskau, 13. Dezbr. Auf der gestrigen Sitzung der Abrüstungskonferenz kam es zu einer langen Auseinandersetzung zwischen der russischen und der polnischen Delegation. Diese behauptete, ein Kriterium, das die tatsächliche Gegenseitigkeit der Abrüstung sicherstelle, gebe es nicht. Die russische Delegation vertrat einen gegenteiligen Standpunkt und schlug die Herabsetzung der bewaffneten Streitkräfte um 25 Proz. vor. Das Verhalten der polnischen Delegation erklärt sich, wie die Russ. Telegraphen-Agentur hinzusetzt, dadurch, daß Polen eine tatsächliche Abrüstung wünscht. Die polnische Delegation erklärte auf der Sitzung vom 8. Dezember ihre Bereitwilligkeit zur Verminderung des polnischen Heeres von 373 000 auf 280 000 Mann. Am 10. Dezember aber wurde auf Grund einer dem Völkerbund von der polnischen Regierung abgegebenen Erklärung festgestellt, daß der Bestand des polnischen Heeres 294 000 Mann ausmache und daß folglich Polen gar keine Abrüstung beabsichtige. Die polnische Delegation schlug nun in der heutigen Sitzung die Einberufung einer Kommission von Militär Sachverständigen zum Studium der Abrüstungsfrage vor. Daraufhin wurde die Sitzung unterbrochen. Die russische Delegation will binnen 24 Stunden auf diesen Vorschlag ihre Antwort erteilen. — Der polnische Wunsch nach Abrüstung entspringt den schlechten Finanzverhältnissen.

Lausanne, 13. Dezbr. Die russische Delegation hat eine Mitteilung aus Moskau erhalten, wonach die Haltung der

polnischen, finnischen, estländischen und lettländischen Abordnungen die russische Abordnung nötigt, die Abrüstungskonferenz in Moskau abzubrechen.

Die Anbahnung der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Ostländern.

Moskau, 13. Dezbr. Nach einer Mitteilung der Russischen Tel.-Ag. fand gestern in den Räumen des auswärtigen Volkskommisariats die Eröffnung der russisch-östlichen Handelskammer statt. Die Aufgabe dieser Handelskammer liegt in der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands mit Buchara, Chiwa, Persien, der Türkei, Afghanistan, der Mongolei, China und Japan. Mitglieder der Kammer können Staatsbehörden, wirtschaftliche Unternehmungen, Genossenschaften und Privatpersonen werden. Der Vertreter des Volkskommisariats für den Außenhandel, Frankin und der Vertreter des Außenkommisariats, Karahan, erklärten, daß die durch die geographische Nähe der Länder des Ostens bedingten wirtschaftlichen Beziehungen einer weiteren Entwicklung bedürften. Das Mikrauen, das teilweise in den östlichen Handelskreisen Sowjetrußland gegenüber bestesse und das durch die Mächenschaften von Ententeagenten immer wieder angejacht werde, müsse überwunden werden. Der außerordentliche Gesandte Persiens, Mamelek, drückte den Sowjetbehörden deren Initiative die Gründung der Handelskammer zu danken sei, seine Anerkennung aus. Er wies auf die Notwendigkeit der Entwicklung der russisch-persischen Handelsbeziehungen hin. Der diplomatische Vertreter der Türkei, Azi Bey erinnerte an die langjährigen wirtschaftlichen Bande zwischen Rußland und der Türkei, die von jeher ein Absatzgebiet für die russische Industrie und speziell für den russischen Zucker gewesen sei. Durch die Eröffnung der Handelskammer werde das wirtschaftliche Band zwischen Rußland, der Türkei und dem ganzen Osten befestigt. Die Vertreter der Mongolei, Bucharas und Chiwas äußerten sich in dem gleichen Sinne.

Eine erregte Debatte im englischen Unterhaus über die Arbeitslosigkeit.

London, 14. Dezbr. Die Debatte im Unterhaus wurde in der vorigen Nacht von den Arbeiterparteilern bis um 1/5 Uhr verzögert. Als die Resolution betreffend die Bewilligung von einer Million Pfund Sterling zur Befhebung der Arbeitslosigkeit an die Reihe kam, erneuerten die Arbeitervertreter ihre Klagen darüber, daß die Regierungsmaßnahmen unzureichend seien. Der Arbeiterabgeordnete Birwood rief in großer Erregung: „Wenn die Forderungen der Arbeiter nicht auf verfassungsmäßigem Wege bewilligt werden, so müssen sie in unkonstitutioneller Weise erzwungen werden. Wir werden im Notfall auf der Straße darum kämpfen.“ Schließlich wurde unter großer Unruhe mit 147 gegen 61 Stimmen ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Am 7 Uhr morgens vertagte sich das Haus. In der gestrigen Nachmittagsitzung kam es, während sich das Haus mit kleinen Anfragen beschäftigte, zu einer großen Ermüdung. Die Arbeitervertreter, die von der Antwort Bonar Law's über die Arbeitslosigkeit unbefriedigt waren, protestierten entrüstet und überschütteten den Premierminister mit Fragen. Ein großer Teil der Arbeiterführer hatte sich von den Sitzen erhoben, schrie durcheinander und gestikuliert lebhaft. Schließlich gab Bonar Law noch eine weitere Auskunft über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und erklärte, er könne nicht mehr sagen, worauf Ruhe eintrat.

Clemenceau auf der Rückreise von Amerika.

Paris, 13. Dezbr. Clemenceau hat, wie die Abendblätter berichten, heute an Bord des Dampfers „Paris“ die Rückreise nach Frankreich angetreten.

Deutschland.

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Berlin, 12. Dezbr. Nach dem deutschen Gesetz verlieren Frauen, die Ausländer heiraten, ihr deutsches Bürgerrecht. Da nun England und Frankreich Gesetze erließen, die im entsprechenden Falle ihren Frauen die Staatsangehörigkeit wahren, so richtete eine Anzahl demokratischer Reichstagsabgeordneter an die Reichsregierung eine kleine Anfrage, ob eine ähnliche Änderung des deutschen Gesetzes bevorsteht.

Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten in Bayern.

München, 12. Dezbr. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich heute mit dem Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten. In dem Antrag wird die Staatsregierung erjucht, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsieht. Nach längerer Aussprache wurde schließlich in der Abstimmung der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit einer Ergänzung des Abg. Dr. Hilpert (Bay. Mittelpartei), nach der der Staatspräsident vom Volk zu wählen ist, mit 15 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Eröffnung der Voruntersuchung gegen Kapitän Erhardt

Leipzig, 14. Dezbr. Die Voruntersuchung gegen den Korvettenkapitän a. D. Erhardt wegen Mittäterschaft beim Rapp-Putsch ist jetzt eröffnet worden.

Das skandalöse Treiben der Ausländer in Berlin

Berlin, 13. Dezbr. In Charlottenburg nahm die Polizei in der vergangenen Nacht in den Bahnhöfen Charlottenburg und Zoologischer Garten mehrere hundert Verhaftungen von Personen vor, die unlautere Nachtgeschäfte betrieben. In der Gartenbergstraße wurde ein ledigliches von Ausländern besuchtes Nachtlokal ausgehoben, in dem die Hälfte der Anwesenden in völlig näktem Zustand war und wo zu Tanzvorführungen Sekt zu wuchernden Preisen feilgeboten wurde.

Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

und lettlandischen Ab-
nötigt, die Abrüstungs-
Abelsbeziehungen
den Ostvölkern.
Mittelteil der Russi-
Räumen des auswärti-
tion der russisch-östlichen
dieser Handelskammer
schäftlichen Beziehungen
Persien, der Türkei, Af-
Japan, Mitglieder der
wirtschaftliche Unter-
Privatpersonen werden.
diats für den Außenhan-
des Außenkommissariats,
die geographische Nähe
wirtschaftlichen Beziehun-
ürzten. Das Ministerium,
Abelskreisen Somjetruß-
die Nachschichten
angebracht werden, müsse
deutsche Gesandte Per-
behörden deren Initia-
mer zu danken sei, seine
Notwendigkeit der Ent-
selsbeziehungen hin. Der
Ajz Bey erinnerte an
Bande zwischen Rußland
Abfahrgelände für die rus-
russischen Zuder gewe-
Handelskammer werde
ußland, der Türkei und
Vertreter der Mongolei,
in dem gleichen Sinne.
glischen Unterhaus
enrage.
Unterhaus wurde in der
ern bis um 1/5 Uhr ver-
die Bewilligung von
ebung der Arbeitslosigkeit
eltervertreter ihre Klagen
unzureichend seien. Der
großer Erregung: „Wenn
auf verfassungsmäßigem
unkonstitutioneller Weise
all auf der Straße darum
er Unruhe mit 147 gegen
der Debatte angenommen.
Haus. In der gestrigen
ch das Haus mit kleinen
Kärmzene Die Arbeiter-
Laws über die Arbeiter-
erten entrüstet und über-
Ein großer Teil der
erhoben, schrie durchein-
lich gab Konar Law noch
omen zur Bekämpfung der
nicht mehr jagen, worauf
ise von Amerika.
hat, wie die Abend-
des Dampfers „Paris“
treten.
nd.
hrigkeitsgesetzes.
a Gesetz verlieren Frauen,
ürgerrecht. Da nun Eng-
er im entsprechenden Falle
wahren, so richtete eine
rdnener an die Reichs-
ähnliche Aenderung des
Staatspräsidenten
ausausch des bayerischen
Antrag der Bayerischen
des Staatspräsidenten. In
ng erjucht, baldmöglichst
en Staatspräsidenten an-
ht. Nach längerer Aus-
ummung der Antrag der
änzung des Abg. Dr. Hil-
der Staatspräsident vom
er Bayerischen Volkspartei
13 Stimmen der übrigen

Anpassung der Dezembergehälter der Beamten an die Teuerungswelle.

Berlin, 14. Dezbr. Gestern Nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den zuständigen Verbänden der Beamten und Angestellten über die Angleichung der Dezemberbezüge an den Stand der Teuerung statt. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß eine Erhöhung der durchschnittlichen Dezemberbezüge gegenüber den durchschnittlichen Novemberbezügen um etwa 44 Prozent eintritt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen. Das Reichsministerium wird voraussichtlich heute über diese Regelung Beschluß fassen.

Das Gesetz über die Getreidemenge.

Berlin, 12. Dezbr. Das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide überträgt die Festsetzung der Preise für das zweite und dritte Drittel der Umlage der Reichsregierung nach Anhörung eines Ausschusses von 20 Mitgliedern, der von den Ausschüssen des Reichsrats und des Reichstags für Volkswirtschaft, sowie aus den Kreisen der Landwirtschaft und der Verbraucher gebildet wird. Dieser Zwanzigerausschuß ist heute unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zusammengetreten und hat sich in der Mehrheit für folgenden Beschluß ausgesprochen: Für die Festsetzung des Preises für das 3. Sechstel der Umlage ist die Indexziffer des landwirtschaftlichen Produktionsindex, wie er in der Mitte der Lieferungsperiode festgestellt ist, zu Grund zu legen. Es soll ferner beachtet werden, daß der für das erste Drittel der Umlage vom Zwanzigerausschuß geforderte und vom Reichstag festgesetzte Preis auf der Grundlage einer von der Regierung vorgelegten und durch Schätzung gewonnenen, aber durch die Tatsachen völlig überholten Berechnung aufzubringen ist. Die Minderheit des Ausschusses hat sich dafür ausgesprochen, den Durchschnitt der Marktpreise der letzten drei Monate Dezember, November und Oktober zugrunde zu legen und um 25 Proz. zu kürzen. Nachdem die Regierung des Zwanzigerausschusses vorträgt, wird die Reichsregierung in Kürze den Preis für das dritte Sechstel des Umlagegetreides festsetzen.

Die Rückerstattung des deutschen Eigentums in Amerika.

Berlin, 12. Dezbr. Zusammenhängend mit der aus Washington gemeldeten Nachricht über die kurz bevorstehende Verabschiedung des Freigabegesetzes über das deutsche Eigentum bis 10 000 Dollar durch den amerikanischen Kongreß bittet die Concord Finance Corporation, die Vertrauensstelle des Bundes der Auslandsdeutschen in den Vereinigten Staaten, die Interessenten, über die Zeitspanne, die bis zur Auszahlung verstreichen muß, sich keinen trügerischen Hoffnungen hingeben und sie nicht mit Anfragen zu überschütten, die ihre Tätigkeit nur behindern würden. Die Freigabe erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes durch den Kongreß nicht ohne weiteres, sondern erst auf Grund eines in jedem Einzelfall durchzuführenden umfangreichen Reklamationsverfahrens, das notwendigerweise zur Folge habe, daß die Auszahlung nur sukzessive erfolgen könne. Die Concord Finance Corporation wird für alle diejenigen Eigentümer, die ihr die Vertretung ihrer Interessen übertragen, unverzüglich nach Annahme des Gesetzes gegenüber den amerikanischen Behörden die erforderlichen Maßnahmen betreiben. Auf der anderen Seite ist aber, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, dringend erforderlich, daß alle diejenigen Interessenten, die die diesbezüglichen Vorkehrungen noch nicht getroffen haben, dies jetzt umgehend tun. Alle erforderlichen Unterlagen und alle näheren Auskünfte können beim Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Amerika, Berlin, Burgstraße 30, angefordert werden.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Die Löwenwirtin erklärte ausdrücklich, daß, so gut sie auch sonst gegen ihre Dienstboten sei, keine, die sich dieses Begehrens schuldig mache, auf ihre Nachsicht rechnen dürfe. „Der Eitelkeit und dem Leidstinn“, rief sie, „muß man von vornherein steuern, sonst kommt es zu Freveln und Mißsetaten, wie heut nacht.“ Der Löwenwirt, der über ihrer Rede ernsthaft geworden war, stimmte ihr kräftig bei, wodurch er jedoch nur ihrem Eifer Nahrung gab. „Augenblicklich aus dem Haus, wo ich so was merke!“ rief sie, indem sie gleichsam im Geist sich eine solche Sünderin vor Augen stellte.

Sie blickte bei diesen Worten der Reihe nach ihre Mägde an, welche mäusehässliche und mit ehrbar niedergeschlagenen Augen die Warnungsrede hingenommen hatten. Auf Justinen fiel ihr Auge zuletzt und nur flüchtig, da ihre Worte gegen diese unter allen am wenigsten gerichtet waren. Auch zeigte sich Justine so in sich gekehrt, als ob sie gar nichts davon vernommen hätte. Nach dieser kleinen Entladung sah man eine geraume Zeit stillschweigend fort. Dabei fiel es jedoch der Löwenwirtin auf, daß Justine die Speisen kaum berührte, und sie gedachte sie deshalb aus ihrer verzehrenden Traurigkeit wenigstens etwas auszuwickeln.

„Warum ist denn nicht, Justine?“ fragte sie. Da sie aber nicht zweifeln konnte, was ihr den Appetit benommen habe, so beickte sie sich, ihr die Antwort auf die Frage zu ersparen und die Teilnahme an ihrem Leiden hinter einer gutmütigen Rederei zu verbergen. „Gelt,“ sagte sie, „hast

Beginn des Prozesses gegen die Attentäter auf Harden.

Berlin, 12. Dezbr. Vor dem Schwurgericht wurde heute über das Attentat auf den Schriftsteller Harden verhandelt. Angeklagt sind der Landwirt Weichardt und der Buchhändler Grenz wegen Mordversuchs und Anstiftung dazu. Der Haupttäter Unterwiesing ist flüchtig. Bei der Bildung der Geschworenenbank wurden von der Verteidigung alle Träger jüdisch klingender Namen abgelehnt. Der Vorsitzende ermahnte die Geschworenen, die Politik aus dem Gerichtssaal fernzuhalten und sich nicht durch politische Sympathien oder Antipathien leiten zu lassen.

Zusammenlegung höherer Schulen in Berlin.

Berlin, 14. Dezbr. Im Berliner städtischen Ausschuß für Pflanzwirtschaft wurde gestern beschlossen, aus Sparmaßregeln eine Reihe höherer Berliner Schulen zusammenzulegen.

Die Unsicherheit des Eigentums.

Berlin, 14. Dezbr. Die Berliner chinesische Gesandtschaft wurde gestern Nacht von Einbrechern heimgesucht. Es wurden vier Koffer aufgebrochen und Kleidungsstücke von erheblichem Wert gestohlen.

Berlin, 14. Dez. Aus der Stadtpfarrkirche St. Georg in Lugsburg wurden von Einbrechern das Tabernakel, die große Monstranz und mehrere Zimborien gestohlen. Die Monstranz, eine kostbare Arbeit altägyptischer Goldschmiedekunst repräsentiert allein einen Wert von 12 bis 15 Millionen Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Deutscher Reichstag.

Die furchtbaren Zustände im Rheinland.

Berlin, 12. Dezbr. Das Haus tritt um 3 Uhr nachmittags zusammen und erledigt zunächst kleine Anfragen. Eine Anfrage des Abg. Leicht (Bayer. WP.) wegen Beschlagnahme von 250 Morgen wertvollsten Kulturlands zur Errichtung von Kasernen und eines Exerzierplatzes für die französische Besatzung von Neustadt a. d. S. wird von Staatssekretär Walter dahin beantwortet, daß 280 000 Quadratmeter für Kasernen und rund 160 000 Quadratmeter für einen Exerzierplatz angefordert worden sind. Das formelle Recht dazu könne nicht bestritten werden. Doch stehe die Forderung im Widerspruch mit Auslassungen französischer Regierungsvertreter, wonach die Besatzung die deutsche Friedensstärke nicht wesentlich übersteigen solle. Eine Besatzung von 2200 Mann, wobei noch für die Offiziere und Unteroffiziere vollständige Wohnungen bereitgestellt werden müßten, sei aber für eine Stadt von 20 000 Einwohnern unerhörl. Die Bemühungen Bayerns und des Reichs, eine erträgliche Besatzungsverminderung zu erreichen, seien aber ergebnislos geblieben. Die Regierung erwarte sich bereit, eine Kaserne zu bauen und einen Exerzierplatz an einer anderen Stelle bereitzustellen. Trotzdem wurde die Beschlagnahme des angeforderten Geländes angeordnet. Ob die diplomatischen Vorstellungen bei der französischen Regierung überhaupt noch und noch zur rechten Zeit Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Die Kosten für die Kaserne würden sich auf ungefähr eine Milliarde belaufen, der Betrag für die Wohnungen auf rund 600 Millionen Mark. Ebenso hoch würden die Ausgaben für die Beamten auf einem benachbarten Flugplatz kommen. Daß derartig ständig wachsende Besatzungskosten wenig zur Leistungsfähigkeit Deutschlands für Wiedergutmachungszwecke beitragen könnten, sei den Regierungen der Besatzungsmächte wiederholt klargestellt worden. Einen Erfolg hätten diese Vorstellungen leider nicht gehabt. In der Pfalz allein beständen 25 Garnisonen mit rund 23 000 Mann, also mehr als das Doppelte der früheren deutschen Besatzung. Angefordert sind dafür ein großer Truppenübungsplatz, der allein über eine Milliarde kostet, zwei Flugplätze, zwei größere Exerzierplätze, für die hochwertiges Adergelände abgegeben werden mußte, vier Munitionsde-

potts und zwei Benzindepots, die rund eine Milliarde kosten und der Landwirtschaft wertvolles Gelände entzogen. Außerdem sind in Neustadt, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Lachen, Ludwigswinkel, sowie Maximiliansau Kasernenbauten für rund vier Milliarden erforderlich. Dazu sind 563 Offiziers- und 338 Unteroffizierswohnungen gebaut und eingerichtet worden, während zahllose deutsche Familien unter den drückendsten Wohnungsverhältnissen leiden. Zur Zeit sind 800 Wohnungen mit 2700 Zimmern und 782 Einzelzimmer beschlagnahmt. Außerdem sind zahlreiche andere Baulichkeiten in Anspruch genommen, darunter 33 Schulräume u. a. m. Die Gesamtkosten an Beschädigungen der Eigentümer belaufen sich auf 8.34 Milliarden Mark. Wie hoch die Ansprüche der Eigentümer werden, läßt sich bei der fortschreitenden Geldentwertung noch nicht annähernd überschätzen. Beim Nachtragsetat des Ministeriums des Innern schildert Frau Abg. Behm (D.N.) die furchtbaren und wirtschaftlichen Nöte im besetzten Gebiet, besonders die erschreckende Zunahme der Geschlechtskranken und der unehelichen Kinder. Die Franzosen verlangten die Einrichtung öffentlicher Häuser. Sie fragt, ob denn die Regierung machtlos sei.

Abg. Koenen (Komm.) wendet sich gegen die Ausnahmen für die Polizei und sagt, die Reichskriminalpolizei sei

Schluß nach 6 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Dezember 1922.

Die Verterechnungen für Privatpatienten.

Der wirtschaftlich-ärztliche Verein in Württemberg hat für die Berechnung der ärztlichen Versorgung von Privatpatienten die letzteren nach ihren Vermögens- bzw. Einkommensverhältnissen in 4 Gruppen eingeteilt. In der Klasse I sind Landwirte, Händler, Großindustrielle usw., in Klasse II Beamte, in Klasse III Mittelstand und in Klasse IV Unbemittelte. Unter Berücksichtigung der Reichsindexziffer sind die Sätze der württ. Gebührenordnung vom August 1922 zur Zeit zu multiplizieren bei Klasse I mit 88, bei Klasse II mit 66, bei Klasse III mit 44, bei Klasse IV mit 25. Die Rechnung nach freiem Ermessen zu stellen. Das Besondere ist auf 250 M für den einfachen Kilometer festgesetzt. Bei Ausländern werden die oben erwähnten Sätze der Privatpraxis entsprechend erhöht. Zurzeit ist der Satz für Amerikaner und Schweden mit 7, für Engländer, Holländer und Schweizer mit 6, für Franzosen mit 4 und für Italiener mit 2 zu multiplizieren. Diese Berechnungssätze gelten jedoch nur für Ausländer, die sich lediglich vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Weitere Wahlergebnisse.

In Re d a r s u l m gingen 80 Prozent der Wähler zur Urne. Die Zentrumspartei erhielt 4, die Deutsche demokratische Partei 3, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 2 Sitze. — In L e o n b e r g entfielen auf den Wahlvorschlagn des Beamtenbundes 1 Sitz, auf den der Bürgerpartei 3, auf den der Demokraten 2 und auf den der Sozialdemokraten ebenfalls 2. — In L e u t k i r c h war die Wahlbeteiligung mit 85,4 Prozent sehr gut. Das Zentrum erhielt 4 Sitze, die Demokraten 3 und die Sozialdemokraten 1 Sitz. — In W a n g e n i. A. haben 71,5 Proz. der Wähler abgestimmt. Das Zentrum errang 5 Sitze, die Demokraten und die Freie Wählervereinigung zusammen 1 Sitz und die Sozialdemokraten 3 Sitze.

Prüfungen, welche die Armut einer Menschenseele auferlegt. Sie sah auf das Kind, das an ihrer Brust lag, mit treuem Mutterauge herab, und wer das Schicksal dieses Kindes nicht kannte, würde es für kein fremdes gehalten haben. Der Schuster, eine gedrungene Gestalt mit derbkräftigem Gesicht — man konnte ihn einen rasterten Apostel nennen, denn es fehlte ihm nur der Bart, um auf dem grob angemalten Papierbogen, der über ihm an die Wand geklebt war und das evangelische Abendmahl vorstellte, einen Platz zu finden — sah auf seiner Bank in der Ecke und verwendete die feiertägliche Ruhe auf die Wiederherstellung einer Trompete, die, kaum dem Christmarkt entnommen, von einem seiner kleinen Virtuosen bereits zu schanden gelassen worden war. Er blickte dabei von Zeit zu Zeit mehr mit angenommener als wirklicher Strenge auf die Kinder, welche die Stube erfüllten, aber sich so geordnet betrug, daß es keiner scharfen Aufsicht bedurfte. Das älteste, ein Mädchen von etwa zwölf Jahren, war beschäftigt, eines der kleineren zu waschen und anzuziehen. Zwei Knaben saßen an einem Tisch und malten eifrig an der Schulschrift, die ihnen über die Feiertage aufgegeben war. Ein dritter unterrichtete neben ihnen einen jüngeren Bruder mit sehr viel Geduld im Abc. Die kleineren Geschwister trieben sich mit ihren Spielsachen umher, denn auch das Haus der Armut hatte seine Weihnachtsbescherung gehabt, und es fehlte nicht an Pflöcken, Puppen und ähnlichen Herrlichkeiten, die nur wenige Kreuzer gekostet hatten oder wohl größerenteils von den Eltern selbst in mühsigen Stunden zusammengespürt worden sein mochten. Das kleinste der Kinder, das nicht viel über ein Jahr alt war, rutschte im kurzen Hemdchen gemütlich durch die Stube.

(Fortsetzung folgt.)

Schwabenbund.

* Morgen abend hält im Auftrag des Schwabenbundes in der Brauerei Dreiß Redakteur Seig von Stuttgart einen Vortrag über das Thema: „Deutschlands Untergang?“ — ein offenes Wort über die Stellung Deutschlands in der Welt und über den inneren Zusammenbruch. Der Vortrag bezweckt auch, in hiesiger Bevölkerung Interesse für die Aufgaben und Ziele des Schwabenbundes zu erwecken. Aus dem uns vorliegenden Programm entnehmen wir, daß der Schwabenbund als überparteiliche Vereinigung den Kampf gegen die inneren und äußeren Ursachen deutscher Not, die auf Zwietracht und Bruderhass, Vernügnungslust und Verrohung, auf Kriessfolgen und Friedensvertrag zurückzuführen sind. Der Schwabenbund will die bewährten Grundlagen deutscher Kultur zu festigen suchen, durch Stärkung des deutschen Gedankens und wahrer Vaterlandsliebe, er will die künstlich geschaffenen Partei- und Klassengegenstände bekämpfen, er will auf Erhaltung und Festigung von Ruhe und Ordnung hinwirken, auf Schutz der Verfassung, und auf Sicherung der Freiheit der Person, der Arbeit und des Eigentums. Freiheit nach außen wie nach innen ist ihm höchstes Ideal. Der Schwabenbund verfolgt also Ziele, mit denen sich jeder gute Deutsche einverstanden erklären wird.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Dezbr. Die Vorgänge in Göppingen, an deren blutigem Ausgang auch radikale Elemente der Arbeiterschaft neben den Nationalsozialisten nicht unschuldig zu sein scheinen, haben der Regierung Veranlassung gegeben, Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorkommnisse vorzubereiten. Wie wir hören, steht der Erlass wirksamer Maßnahmen unmittelbar bevor. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags hatte der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Ulm die gerichtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit eingeleitet.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Dezbr. Die kommunistische Landtagsgruppe hat mit Unterstützung sozialdemokratischer Abgeordneter eine Große Anfrage an die Regierung gerichtet, die sich gegen das Auftreten der Nationalsozialisten wendet.

Oberhaugkett, 12. Dezbr. Am 9. d. Mts. abends von 4 bis 8 Uhr fand hier die Gemeinderatswahl statt. Bei 4 Mitgliedern war die Wahlperiode abgelaufen und für ein verstorbenes Mitglied mußte Ersatz gewählt wer-

den. Müßiggänger hatten Georg Fr. Stepper, Immanuel Holzäpfel, Friedr. Stepper, Pfeifer z. Löwen; gestorben war H. Bleich, somit waren 5 Gemeinderäte zu wählen Holzäpfel erklärte, eine Wiederwahl nicht mehr anzunehmen. Von 229 Wahlberechtigten stimmten 104 ab. Es wurden gewählt: Georg Friedrich Stepper mit 91, Jakob Hartmann, Ortssteuerbeamter mit 85, Friedrich Stepper mit 61, Pfeifer zum Löwen mit 61, David Schabbe mit 52 Stimmen.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Dezbr. Der neue Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, traf am letzten Sonntag, von München kommend, hier ein, um mit der württ. Regierung und den obersten Justizbehörden Fühlung zu nehmen. Am Montag reiste er zu ähnlichen Besprechungen mit der badischen Regierung nach Karlsruhe weiter.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Dezbr. Der Untersuchungsausschuß in Sachen Keil-Bazille tagte Dienstag vormittag. Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt mit der Vernehmung des Abg. Bazille. Die Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen und wird voraussichtlich am Mittwoch nächster Woche weitergeführt.

(S.C.B.) Tübingen, 12. Dezbr. Die Zahl der immatrikulierten Studierenden beträgt 2513 (2513 Männer und 176 Frauen), gegenüber dem Winterhalbjahr 1921/22 ein Rückgang von 243 Studierenden (2558 Männer, 198 Frauen), gegenüber dem Sommerhalbjahr von 867 Studierenden (2938 Männer, 242 Frauen). Eine Zunahme haben zu verzeichnen: die katholisch-theologische Fakultät von 129 im Wintersemester 1921/22 auf 157 (im Sommersemester 177) und die naturwissenschaftliche Fakultät im Fach der Chemie von 132 auf 150 (S.-S. 147) und der Pharmazie von 17 auf 21 (S.-S. 18). Die Zahl der studierenden Frauen ist von 108 im W.-S. 1921/22 auf 242 im S.-S. 1922 auf 176 zurückgegangen. Württemberg ist mit 1310 Männern und 96 Frauen, zusammen 1406, also mehr als der Hälfte, am stärksten vertreten.

(S.C.B.) Trossingen, 13. Dezbr. Der 42 Jahre alte verheiratete Bauer Elias Pfister wurde im Waldteil Reute von einer Tanne erschlagen.

(S.C.B.) Ulm, 13. Dezbr. Im Lehrer Tal ist eine Siedlung der Beamten- und Kriegsbekleidungs-Baugenossenschaft entstanden; bis jetzt sind sieben Häuser mit zwölf Wohnungen, umgeben durch ein hübsches Gärthen, fertig. Der Voranschlag lautete letztes Jahr auf 900 000 M für die ganze Siedlung. Durch die Teuerung kam sie jedoch auf 3 300 000 M.

(S.C.B.) Ravensburg, 13. Dezbr. Der ehemalige Reichs- und Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt Alired Rembold, eine der bekanntesten Gestalten in Ravensburg, hat vor drei Tagen einen Schlaganfall erlitten, dessen Folgen er am Dienstag morgen erliegen ist. Seine hauptsächlichste Lebensstätigkeit lag auf politischem Gebiet. Umfassende Kenntnisse, hervorragende Beredsamkeit, eine ungewöhnlich zähe Energie befähigen ihm zum politischen Führer des katholischen Volkes, das sich dann unter Mitwirkung Rembolds in der württ. Zentrumspartei eine politische Vertretung geschaffen hat. Im Jahre 1895 wurde er als Nach-

folger des Stadtpfarrers Göser zum Reichstagsabgeordneten des 17. Wahlkreises und gehörte bis 1903 dem Reichstag an. In der Zentrumsfraktion schätzte man die große Arbeitskraft Rembold und wies ihm den Sitz in den wichtigsten Ausschüssen des Reichstags an. Im württembergischen Landtag zählte Rembold zu den angesehensten Mitgliedern. Er war Landesvorstand der Partei. Von der Gründung des württ. Zentrums an bis vor 3 Jahren, da der 75jährige Greis eine Wiederwahl ablehnen mußte, hatte er die's Ehrenamt inne. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er vor 3 Jahren, als er von seinem Posten zurücktrat, zum Ehrenvorstand der Landespartei ernannt.

(S.C.B.) Von der bairischen Grenze, 13. Dezbr. Auf einer Schitour stürzte auf der Bretterpiste der Kunstmaler Forchhammer und seine Braut aus München ab. Beide sind tot. — Zwischen Unterspiesheim und Schabheim ist der Schnapsbrenner Gabel von vier Männern überfallen worden. Er wurde durch Schüsse schwer verletzt. 200 000 M wurden ihm geraubt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 8090 Mark, der Schweizer Franken auf 1533 Mark.

Der Großhandels-Index für die erste Dezemberwoche.

Für die Berichtswoche vom 2. bis 8. Dezember betrug die Wochenmehrfachzahl der „Industrie- und Handelszeitung“ 1784,60, d. h. die zugrunde gelegten 44 Waren im Großhandel haben das 1785fache ihres Preisstandes gegen 1913 (gleich 1) erreicht und damit die Kaufkraft der Mark auf den inländischen Großhandelsmärkten auf 1/1785 ihres Vorkriegswertes herabgedrückt. Der Preispiegel der Großhandelswaren erhöhte sich, am Index der Industrie- und Handelszeitung gemessen, um 5,8 Prozent (in der Vorwoche 1595,50).

Märkte.

(S.C.B.) Reutlingen, 13. Dez. Dem Schweinemarkt waren 6 Läufer- und 174 Milchschweine zugetrieben, die bei flauem Handel zum Preise von 11—20 000 M pro Stück verkauft wurden. Auf dem Viehmarkt betrug die Zufuhr 65 Ochsen, 75 Kühe, 99 Rinder und 23 Kälber. Ochsen palten 280 000—390 000 M, Kühe 150—500 000 M, Rinder 290 000—300 000 M, Kälber 20—35 000 M je pro Stück. Auf dem Pferdemarkt standen 30 Arbeitspferde und 20 Schlachtpferde. Arbeitspferde wurden gehandelt zwischen 60 000 und 400 000 M. Schlachtpferde 45—50 000 M.

(S.C.B.) Kirchheim-Teck, 13. Dezbr. Auf dem Schweinemarkt waren 82 Milch- und 6 Läuferchweine zugeführt. Milchschweine kosteten 14 000 bis 16 000 M, Läufer 20 000 bis 50 000 Mark, je das Stück.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Graf- und Verlags-Druckerei, Ulm.

Hof Dicks, den 13. Dezember 1922.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß heute morgen 3^{1/2} Uhr nach langem schweren Leiden im Alter von 77 Jahren 9 Monaten, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Christoph Hohl

sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag mittag 1^{1/2} Uhr in Stammheim.

Die Zinsen für 1922

aus den bei uns auf Schuldschein angelegten Kapitalien können von heute an erhoben werden. Die Urkunden sind unbedingt vorzulegen.

Zinse, die bis 27. Dezember nicht erhoben sind, werden abzüglich der Spesen zugehandelt.

Spar- und Vorschußbank Calw.

Wand-Kalender für das Jahr 1923 mit Märkteverzeichnis.

Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jugend-Schriften als Weihnachts-Gabe

in großer Auswahl bei Ernst Kirchherr vorm. Emil Georgii

B. S. V. C. Heute vollständiges Erscheinen erwünscht. Abich ed des Tobmanns.

Zugelaufen ein Dachshund braun, tigerartig. Abzuholen innerhalb 3 Tagen gegen Belohnung und Entschädigungsgebühr. Feuerbacher, Breitenberg

Kau mann sucht auf 1. Januar

möbl. Zimmer möglichst in der Nähe des Bahnhofs. Angebote unter Nr. 292 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1 Arbeiter zum Holzmachen auf einige Wochen gesucht. G. Hult, Pforzheim-Bredingen Eisenbahnstr. 1

Guterhaltenes Piano zu kaufen gesucht, ev. auch Tausch geg. Lebensmittel. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe ein Heuschnecke samt Hen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe einen 5 Mon. alten

Zucht-Farren Witwe Hahn, Kötenbach.

Verkaufe am Samstag mittag 2 Uhr eine

Rug- u. Schaff-Ruh die das zweite Mal gekälbert hat, neumelkt. Jakob Wagner, Merktlingen D.-A. Leonberg.

Verkaufe ein

Ungerfen zirka 30—40 Ztr. hat zu verkaufen Wilhelm Härthorn, Flaßhörnstr., Gechingen.

Eine schwarze **Hirschfell Lederhose** samt blaues Luchswams (Schwarzwälder Tracht) hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mantel für 10—12 jähr. Knaben verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Möttlingen. Einen gut erhaltenen **Kochofen** verkauft Karl Fischer.

Militär-Berein Hirsau-Ottenbronn.

Zu unserer am Samstag, 18. ds. Mts abends 7^{1/2} Uhr im Gasthof zum „Rössl“ in Hirsau stattfindenden

Weihnachts-eier

werden die Mitglieder unseres Vereines mit ihren Angehörigen kameradschaftlich eingeladen. Einführungen sind gestattet.

Der Vorstand.

Turn-Verein Altburg.

Am Samstag, den 16. Dez. hält der Verein seine

Weihnachts-Feier

im Gasthaus zur „Krone“. Anfang abends 8 Uhr. Jedermann herzlich willkommen. Der Ausschuß.

Hoher Verdienst.

Wir haben die

Generalvertretung

für Calw nebst großer Umgebung, der rühmlichst bekannten

Orginal-Wohlmut-Heilapparate

sofort an tüchtige Person zu verg den. Der Verkauf bietet nachweisbar sehr hohes Einkommen und ist außerdem der Verkauf nicht schwer, da die Wohlmut-Apparate überall gut eingeführt sind. Von tüchtigen Bewerbern Offerten erbeien.

G. Wohlmut & Co. A.-G.

Fabrik elektro galv. Apparate Konstanz Kreuzlingerstraße 47 a Fernsprecher 1011

Die Rep... einer L... Seite wi... gedr... könne, we... Maßnah... herbeif... Anhemm... reich in... Auch die... Celläru... parations... große So... chen, dem... bringen.

Die Ursache... bei den... fuchen, da... nen Blo... gewisse 3...

Uebrigens... Fortschrit... engens... soll sich... vertragen... lich, das... Wähigung... rasch zum... fassen zu... wied man... don und...

gegen... Bonar...

London... bei der D... formation... menbruch... gleichgültig... würde, das... schwierig... ten. Er h... rung die... gen würde... der Frage... Der früh...

London... Gey, die... Hindernisse... gegenüber... Schulden u... Erlass der... rationsfrag... werden könn... Reparations... ausschuß, de... Die wirtscha... werden, we... werde. Er... bunds als... lung des G... daß, wenn... der in zwei... übergehend... trag weder... Wenn nach... nach Sicher... frage eines... wurden, beg... so würde in...